54. Jahrgang. № 226. Mittwoch, 17. August 1910.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; bei zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Für Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: bei einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden bei einspaltige 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Seidel & Naumann Naumanns Nähmaschinen Germania-Fahrräder
Hauptniederlage: Dresden-A., Struvestrasse 9, nahe Prager Strasse.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Reinste u. mildeste aller Toilette- :: Seifen! — Dresden Guthmann's Cosmos-Seife ist die beste für den Teint Stück 25 Pfg. — Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie alle Maschinenbedarfs-Artikel wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle en gros liefern in besten Qualitäten billigst en detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8.

Ullrichs Pianinos sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig. 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Voraussichtliche Witterung: Warm, vielfach wolkig.

Der König besuchte das 9. Wettinbundesschießen in Großenhain.

Der Kaiser hat an den König der Belgier ein Beileidstelegramm gesandt.

Regierungsrat a. D. Martin hat gegen den Beschluß des Amtsgerichts Charlottenburg Beschwerde beim Landgericht eingereicht.

Die Lokomotivenfabrik Henschel u. Sohn in Kassel hat aus Anlaß der hundertjährigen Jubiläumsfeier der Fabrik 1 Million Mark für gemeinnützige Zwecke gestiftet.

Sir Ernest Cassel, der oft genannte Freund des verstorbenen Königs Eduard von England, hat eine Stiftung gemacht, die in gleicher Weise Engländern und Deutschen zugute kommen soll.

Der internationale Zoologen-Kongreß wurde in Graz eröffnet.

Der Kampf auf den deutschen Werften.

Sobald nach Zeiten wirtschaftlichen Stillstandes die Konjunktur wieder zu steigen beginnt, setzen die Lohnkämpfe ein. Das ist zum Dogma des modernen Wirtschaftslebens geworden, und die öffentliche Meinung hat sich damit längst abgefunden. Im großen und ganzen ist man auch geneigt, derartige Lohnkämpfe als persönliche Angelegenheiten der beiden Interessengruppen zu betrachten, als reine Machtfragen, bei denen die nicht direkt daran Beteiligten die Rolle des Zuschauers abgeben können. Daß diese Auffassung grundfalsch ist, geht schon daraus hervor, daß beide Gruppen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchen, daß schließlich die Allgemeinheit Partei ergreift; erinnert sei nur an die Kohlenarbeiterstreiks, an die Hafenarbeiterausstände usw. Es bemächtigt sich der Oeffentlichkeit eine oft verhängnisvolle Unruhe, eine tiefgehende Erbitterung, eine Klassenkampfstimmung, die materiell wie ideell eine schwere Schädigung unseres Volkes bedeutet. Ganz abgesehen davon, daß weite Kreise unseres Volkes durch einen Streik in Mitleidenschaft gezogen werden, auch wenn sie nicht direkt daran beteiligt sind. So ist ein jeder Streik ein schweres Uebel für das Volk, dessen Folgen die Arbeiterschaft genau so treffen, wie die Unternehmer, ganz gleich, wie der Ausgang des Lohnkampfes ist.

Das trifft auch zu für den neuesten Riesenkampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der scheinbar riesige Dimensionen annehmen wird, da auch die deutschen Metallindustriellen, wie verlautet, beschlossen haben, einen Teil der Arbeiter auszusperren. Zur Beurteilung des Ausstandes ist es nun notwendig, daß man sich folgende Tatsachen vergegenwärtigt. Im Jahre 1907 war zwischen den Zentralorganisationen der Unternehmer und Arbeiter auf den Werften ein neuer Lohntarif vereinbart worden, der am 1. Oktober 1907 in Kraft trat. Gleich darauf setzte eine ungewöhnlich flaue Zeit ein, die wirtschaftliche Depression traf in erster Linie die deutschen Reedereien, die zum Teil Neubauten auf eigene Rechnung ausführen ließen, nur um einen Stamm geschulter Arbeiter zu behalten. Zahlreiche Aktiengesellschaften konnten keine oder nur eine sehr geringe Dividende zahlen, so daß Betriebseinschränkungen unvermeidlich waren. Erst Ende des vorigen Jahres besserte sich die Lage auf den Werften wieder, verschiedene größere Bauaufträge wurden erteilt, es gab wieder Arbeit. Diese steigende Konjunktur benutzten die am Schiffbau beteiligten Arbeiterorganisationen, um an die Vereinigung der Werftbesitzer mit allgemeinen Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Neuregelung der Akkordarbeit heranzutreten. Es war durchaus begreiflich, daß die Unternehmer diese Forderungen ablehnten. Man befand sich erst am Anfange der aufsteigenden Linie, und es war doch zum mindesten sehr zweifelhaft, ob der günstige Umschwung von Bestand sein würde. Es ist doch geradezu ein naives Verlangen von der Arbeiterschaft, daß die Werften nach jahrelangem geschäftlichen Stillstande beim ersten Anzeichen einer Besserung sich auf eine unverhältnismäßig große Erhöhung ihres Unkostenetats festlegen sollen. Die Unternehmer erklärten sich aber loyalerweise bereit, mit Vertretern der Arbeiterorganisationen die Gründe der Ablehnung zu erörtern.

Dieser Vorschlag wurde aber von den Zentralorganisationen abgelehnt, die zugleich den lokalen Organisationen die weiteren Schritte überließen. Infolgedessen stellte zunächst in Hamburg die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgende Forderungen auf, die sie den dortigen Werften und Reedereien vorlegte: Die Arbeitszeit, die auf den Hamburger Seeschiffswerften 56, in einigen anderen Orten 57 und auf der Reparaturwerkstatt der Hamburg-Amerika-Linie 60 Stunden in der Woche beträgt, soll überall einheitlich auf 53 Stunden herabgesetzt, der Lohn dagegen um 10 Prozent erhöht werden. Außerdem sollen bei den einzelnen Berufen feste Mindestlöhne gewährt, ein Mindestverdienst bei Akkordarbeit und eine Erhöhung der Löhne für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit zugesichert werden. Endlich wird die Fortzahlung des Lohnes bei gewissen Arbeitsunterbrechungen verlangt. Das bedeutet unter Umständen eine Verdoppelung des bisherigen Lohnsatzes. Es war selbstverständlich, daß die Unternehmer diese Forderungen glatt ablehnten. Darauf fanden verschiedene Arbeiterversammlungen statt, in denen die Führer, nach berühmten Mustern, erklärten, sie hätten keinen Grund, die Arbeiter zum Streik aufzufordern, da der Ausgang immerhin zweifelhaft sei. Man lehnte also die Verantwortung ab, die Stimmung unter den Arbeitern war aber bereits so erregt, daß die Arbeiter mit ungeheurer Mehrheit die Arbeitseinstellung beschlossen. Infolgedessen legten am 4. August 8000 Werftarbeiter die Arbeit nieder. Die Unternehmer antworteten mit der Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiterschaft, bei der Solidarität der Arbeiter war es aber selbstverständlich, daß die meisten anderen Arbeiter sich ihren ausgesperrten Kollegen anschlossen. Zurzeit sind mehr als 30 000 Arbeiter in Hamburg, Stettin, Bremen und Danzig ausgesperrt, vermutlich wird aber diese Zahl noch gewaltig steigen, besonders, wenn die Metallindustriellen ihre Absicht wahr machen, einen Teil der Arbeiterschaft ebenfalls auszusperren. Damit hätten wir dann in Deutschland den zweiten wirtschaftlichen Riesenkampf in diesem Jahre, nachdem der Bauarbeiterstreik erst vor kurzem beigelegt worden ist.

Wie der Ausgang dieses Kampfes sein wird, ist noch nicht abzusehen. Auf jeden Fall bedeutet diese neue Ausstandsbewegung eine schwere Schädigung des nationalen Wohlstandes. Denn wenn auch die Erklärung der Reedereien richtig sein mag, daß die Ausführung der Bauaufträge zurzeit nicht eile, so bringt der Ausstand doch eine neue Unterbrechung der Entwicklung unserer Schiffsbauindustrie mit sich, die nach den letzten mageren Jahren sehr unerwünscht sein wird. Daß die Werften mit der Aussperrung geantwortet haben, wird man ihnen wahrlich nicht verübeln können, denn wenn ein Streik vom Zaune gebrochen ist, so ist es dieser. Die Werftbesitzer befinden sich diesmal wahrlich in der Notwehr, und so sehr der Kampf zu beklagen ist vom allgemeinen nationalen Standpunkt aus, so ist es doch in aller Interesse, daß die unverantwortliche Provokationspolitik der Arbeiterschaft eine empfindliche Niederlage erleidet. Der diplomatische Grundsatz der Gewerkschaften, auch die geringste Besserung der wirtschaftlichen Lage zu einer Machtprobe auszunutzen, ist allmählich eine wahre Kalamität geworden, unter der die Gesamtheit schwer zu leiden hat. Die sozialdemokratische Presse stellt den Kampf natürlich als einen „neuen Unterdrückungsversuch" der Arbeiterschaft durch den „Kapitalismus" dar. In Wahrheit ist es genau umgekehrt. Die Arbeiterorganisationen üben zurzeit eine Tyrannei aus, die jeder Beschreibung spottet. Sie allein haben den Kampf provoziert, sie haben die Einladung der Werftbesitzer vom 26. Juli zu einer gemeinsamen Besprechung rundweg abgelehnt. Die Arbeiter wollten also den Kampf, nun haben sie ihn.

Alle diese Streiks sind in der Hauptsache Mittel zu dem Zweck, das Klassenkampfbewußtsein in der Arbeiterschaft wachzuhalten. Denn darüber werden sich die intelligenten Arbeiter wohl selber klar sein, daß jeder Streik, mag er enden wie er will, stets eine Schädigung des Unternehmertums und der Arbeiterschaft bedeutet. Viele Existenzen werden vernichtet, auf beiden Seiten, und jeder Unternehmer, der im Kampf ruiniert wird, zieht zahlreiche Arbeiter nach sich. Damit wird auf der einen Seite viel Arbeitsgelegenheit beseitigt, auf der anderen Seite viel Arbeitskraft frei, die nun als Konkurrenz in die anderen Betriebe drängt und somit der gesamten Arbeiterschaft den Kampf ums Dasein erschwert. Schon die stetige Verteuerung der Arbeitskräfte, die unaufhörlichen Streiks und Lohnkämpfe zwingen die Unternehmer zur möglichst großen Einschränkung ihrer Betriebe, und damit sind die geschilderten Folgen unvermeidlich. Es liegt wahrlich im Interesse der Arbeiterschaft, für reichliche Arbeitsgelegenheit an ihrem Teile zu sorgen, nicht sie zu erschweren. Solange aber die Arbeiterorganisationen die gefügigen Werkzeuge der Sozialdemokratie sind, werden sie ihre gewaltige Macht stets zuerst in politischem Sinne auszunutzen versuchen, werden sie auch für derartige vernünftige Erwägungen nicht zu haben sein. Denn das Ziel der Sozialdemokratie ist nicht, die Arbeiter zufrieden, sondern vielmehr sie unzufrieden zu machen. Darum ist die Organisation zugleich die Stärke wie die Schwäche der Arbeiterschaft. Unsere wirtschaftlichen Kämpfe werden aber erst dann ihre verhetzende Wirkung verlieren, wenn die Organisationen an Stelle der Klassenkampfpolitik eine wirkliche Interessenpolitik verfolgen, wenn sie einsehen, daß die Interessen der Arbeiterschaft sich in derselben Ebene bewegen wie die der Unternehmer, wenn Differenzen zwischen diesen beiden aufeinander angewiesenen Erwerbsgruppen nicht mehr zu wirtschaftlich politischen Machtproben führen, sondern zu vernünftigen Verhandlungen, die schon jetzt immer die ultima ratio sind. Scheinbar wird aber noch viel Wasser die Elbe abwärts fließen müssen, ehe diese Erkenntnis sich durchgerungen hat.

Neueste Drahtmeldungen

vom 16. August

Der Kaiser in Mainz.

Mainz. Im weiteren Verlaufe der Truppenbesichtigung fanden zwei Vorbeimärsche statt. Beide Male führte der Kaiser sein Infanterie-Regiment „Kaiser Wilhelm", 2. Großherzogl. Hess. Nr. 116, der Großherzog das Leibgarde-Infanterie-Regiment, 1. Großherzogl. Hess. Nr. 115, die Großherzogin das Leibgarde-Infanterie-Regiment „Großherzogin", 3. Großherzogl. Hess. Nr. 117, die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen das Füsilier-Regiment „v. Gersdorff", Kurhess. Nr. 80. Die Kronprinzessin von Griechenland wohnte der Truppenschau im Wagen bei. Nach dem Vorbeimarsch nahm der Kaiser eine Reihe von militärischen Meldungen entgegen und setzte sich dann mit dem Großherzog von Hessen an die Spitze der Fahnenkompagnie und der Standarten-Eskadron und führte die Feldzeichen nach Mainz durch das Spalier der übrigen Truppen. — Der Einzug des Kaisers und des Großherzogs in Mainz erfolgte unter Glockengeläute und dem stürmischen Jubel der Bevölkerung. Vor dem großherzoglichen Schlosse ließ der Kaiser die Fahnen und Standarten noch einmal defilieren. Im Vestibül des Schlosses nahm der Kaiser die Begrüßung der Stadt durch den Oberbürgermeister entgegen. Dieser führte dem Kaiser auch die Geschenke der Stadt Mainz für den Kreuzer „Mainz" vor. Der Kaiser sprach sich sehr erfreut über den wie immer großartigen und herzlichen Empfang aus und bat, der Stadt seinen Dank zu übermitteln. Um 1 Uhr war Frühstückstafel bei dem Großherzog und der Großherzogin.

Mainz. Der Kaiser besichtigte in Begleitung des Großherzogs von Hessen nachmittags im Kurfürstlichen Schloß unter Führung des Museumsdirektors Professors Schumacher und des Oberbürgermeisters Dr. Göttelmann das Römisch-Germanische Museum. Um 4 Uhr reisten der Kaiser, die Kronprinzessin von Griechenland und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen im Automobil nach Cronberg, während der Großherzog und die Großherzogin von Hessen im Automobil nach Schloß Wolfsgarten zurückkehrten.

Zu dem Brande auf der Brüsseler Weltausstellung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat an den König der Belgier ein Beileidstelegramm nach Pessenhofen gesandt. Der belgischen Regierung ließ der Kaiser durch ein Telegramm des Gesandten Freiherrn von Jenisch an den belgischen Ministerpräsidenten seine Teilnahme an Belgiens nationalem Unglück zum Ausdruck bringen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der kaiserliche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung die Teilnahme des Kaisers an der Katastrophe zu Sanson zu übermitteln.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von den großen Feuerversicherungsgesellschaften zu Frankfurt a. M. erklären übereinstimmend die „Providentia", der „Phönix", die Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherung „Frankona", daß sie bei der Brüsseler Brandkatastrophe, soweit sie durch Rückversicherung in Frage kommen, nur in geringem Umfang beteiligt seien. Direkt seien sie nur an der deutschen Abteilung interessiert, doch auch hier nur mit ganz unbedeutenden Beträgen. Die Münchner Rückversicherungsgesellschaft ist schlimmstenfalls mit einigen 100 000 Mark an der Brüsseler Katastrophe beteiligt, die Süddeutsche Rückversicherungsgesellschaft nur ganz unwesentlich. Oesterreichische Versicherungsgesellschaften sind, wie aus Wien gemeldet wird, an der Brüsseler Brandkatastrophe direkt gar nicht, durch Rückversicherung nur minimal beteiligt.

Fertig ist der Stock von Friedrich's Glöckchen